

»Fadenscheinige Argumente«

Die Europa-Abgeordnete Inge Gräßle erhebt schwere Vorwürfe gegen die EU-Kommission

Im vergangenen Oktober musste der EU-Gesundheitskommissar John Dalli sein Amt aufgeben. Obwohl er gerade an einer neuen Tabakrichtlinie arbeitete, soll er im Frühjahr 2012 Kontakte mit Tabaklobbyisten gehabt und diese verschwiegen haben. Das zur EU-Kommission gehörende Amt für Betrugsbekämpfung (Olaf) nahm Ermittlungen auf und steht nun selber in der Kritik.

DIE ZEIT: Sie sind Mitglied im Haushaltskontrollausschuss des EU-Parlaments und fordern den Rücktritt von Giovanni Kessler, dem Chef der EU-Antikorruptionsbehörde Olaf. Warum?

Inge Gräßle: Der ehemalige EU-Gesundheitskommissar John Dalli wurde nach einem Olaf-Bericht zum Rücktritt gezwungen. Er soll über Dritte Geld gefordert haben, um den Entwurf der neuen Tabakrichtlinie zu entschärfen. Tatsächlich hat die Behörde bei ihrer Untersuchung nach dem, was wir bisher wissen, rechtsstaatliche Erfordernisse nicht beachtet. Das Amt hat nicht neutral ermittelt, sondern selbst daran mitgewirkt, belastendes Material zu erstellen. Dadurch wurden Grundrechte verletzt.

ZEIT: Geht es konkreter?

Gräßle: Olaf hat nach meinen Informationen dritte Personen rekrutiert und diese veranlasst, Telefonate ohne das Wissen der Gesprächspartner aufzuzeichnen. Diese Personen wurden dazu angehalten, bestimmte Aussagen zu machen. Das lässt auf ein manipuliertes Verfahren schließen, bei dem sogar falsche Versionen absichtlich aufrechterhalten wurden. Schockierend ist, dass alle Beteiligten versuchen, die ungeheuren Vorwürfe mit fadenscheinigen juristischen Argumenten unter der Decke zu halten.

ZEIT: Was macht Sie als EU-Parlamentarierin so sicher, dass Ihre Vorwürfe stimmen?

Gräßle: Der Olaf-Überwachungsausschuss hat

einen Bericht erstellt, der diese Vorwürfe auf den Tisch legt. Außerdem gibt es andere Quellen, die genau dies so bestätigen. Bereits jetzt lässt sich durch Aussagen vieler Beteiligter erschließen, dass Olaf Zeugen und andere Beteiligte manipuliert hat. Wir im Haushaltskontrollausschuss sehen mit Überraschung, dass diese Dinge System hatten.

ZEIT: Gehört tricksen nicht zum Geschäft?

Gräßle: Nein, in einem rechtsstaatlichen Verfahren sind solche Dinge inakzeptabel. Selbst das Parlament wurde auf Veranlassung von Olaf angelogen. Die Tabaklobby hatte ursprünglich behauptet, Dalli zweimal getroffen zu haben, und rückte später davon ab.

Nach dem, was wir heute wissen, ermunterten Olaf-Mitarbeiter die Lobbyisten jedoch, die Ursprungsversion weiter zu erzählen, obwohl sie gelogen war. Bisher schien nach Aussagen von Olaf-Mitarbeitern alles dafür zu sprechen, dass Dalli an der Geldforderung beteiligt war. Doch das dafür als Beweis angesehene Treffen am 10. Februar 2012 hat nie stattgefunden, die Vorwürfe brechen damit in sich zusammen. Dabei hatte selbst Generaldirektor Kessler gegenüber dem EU-Parlament diese Version aufrechterhalten.

ZEIT: Welche Folgen kann das für die Kommissionsspitze um Präsident José Manuel Barroso haben?

Gräßle: Der Kommissionsspitze wird Olafs Vorgehensweise hoffentlich nicht bekannt gewesen sein. Aber: Sie hat Dalli den Rücktritt aufgrund des Olaf-Berichts nahegelegt, und seither arbeiten alle Seiten daran, Vorwürfe herunterzuspielen. Der Olaf-Bericht sollte längst am Ermitt-

lungsort Malta veröffentlicht werden. Warum passiert das nicht? Wir im Parlament haben darauf gedrängt, einen Bericht über die Vorgänge vom Olaf-Überwachungsausschuss zu bekommen. Der Bericht ging wunschgemäß an den Parlamentspräsidenten Martin Schulz, und der hat ihn eilig weggeschlossen. Auch Barroso hat ihn weggeschlossen.

ZEIT: Der Kommissionspräsident hat Dalli wegen der Nähe zur Tabaklobby entlassen. Komplizieren Sie diese Debatte nicht unnötig?

Gräßle: Ich muss nicht den ehemaligen Kommissar schützen. Sondern meine Frage lautet: Mit welchen Mitteln wurden die Vorwürfe erhoben, und wie werden sie jetzt aufrechterhalten?

ZEIT: Die Tabakindustrie zahlt Milliarden an die EU-Staaten und die Kommission, um den Zigaretten schmuggel zu bekämpfen. Ein Verdacht lautet, deswegen gebe es kein Interesse an einer Aufklärung.

Gräßle: Es gibt die Theorie, dass mit den Milliardenzahlungen an die EU eine unschwellige Einigkeit der Ver-

tragspartner bestand, die jetzige Tabakdirektive bis 2017 nicht zu verschärfen. Alle Beteiligten gingen damals offenbar von einer Stabilität der Rechtsgrundlage aus. Deswegen wollten wir Einsicht in die Begleitdokumente der alten Verträge. Die Kommission braucht überraschend lange, um festzustellen, welche Dokumente dazugehören könnten und ob sie sie überhaupt hat. Bisher wurden wir in unseren Vorwürfen immer nur bestätigt.

Die Fragen stellte CLAAS TATJE



EU-Parlamentarierin
Inge Gräßle (CDU)

Foto: Europäische Union